

Oppositionelles Handeln

In der SBZ/DDR gab es stets Menschen, die trotz diktatorisch-repressiver Verhältnisse ihre Stimme gegen Unfreiheit und Unrecht erhoben und bereit waren, sich oppositionell zu engagieren. Anlässe und Motive widerständigen Handelns waren äußerst vielfältig und wandelten sich im Laufe der Jahrzehnte. Bis zum Mauerbau 1961 richteten sich viele Widerstandsaktionen grundsätzlich gegen das kommunistische System mit dem Ziel, die DDR abzuschaffen. In den 1970er und 1980er Jahren hingegen setzten sich politisch-alternative Gruppen und Oppositionelle meist für die Reformierung des Sozialismus und eine größere Liberalisierung in der Gesellschaft ein. Es gab diejenigen Menschen, die den Sozialismus von vornherein grundsätzlich ablehnten, ebenso wie diejenigen Personen, die erst durch bestimmte staatliche Normative und Maßnahmen zu Opfern und Oppositionellen wurden, beispielsweise infolge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht oder der Grenzabriegelung nach Westdeutschland. Aus der LPG auszutreten, den Wehrdienst zu verweigern oder einen Ausreiseantrag zu stellen, war in diesem Kontext gleichbedeutend mit oppositionellem Handeln.

Den zahlenmäßig stärksten Widerstand leisteten zunächst Tausende ostdeutsche Sozialdemokraten, die in der SBZ der unter massivem Druck vollzogenen Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946 widersetzten. Rund 6.000 von ihnen bezahlten ihren Protest mit Haftstrafen und Arbeitslager. Opposition und Widerstand kamen auch von Mitgliedern der CDU und LDP, die sich der Gleichschaltung ihrer Parteien und der kommunalpolitischen Entmachtung widersetzten. Einen weiteren Schwerpunkt der Jahre 1948/50 bildete die Opposition von Studenten und Hochschullehrern an den Universitäten Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Rostock und nicht zuletzt Berlin, wo die Verschleppungen von Studenten durch sowjetische Geheimpolizisten und fortgesetzte ideologischen Konflikte schließlich zur Gründung der Freien Universität Berlin 1948 im Westteil der Stadt führten.

Ob mit eingeschmuggelten Flugblättern, Parolen an Hauswänden oder auch mit der Störung von Radiosendern durch das Senden eines eigenen Aufrufs – zahlreiche Protestaktivitäten erfolgten auch im Zusammenspiel mit westdeutschen Gruppierungen und Institutionen. Bundestagsparteien unterhielten in West-Berlin so genannte Ostbüros, um ihre Anhänger im Osten

bzw. Gegner der SED zu unterstützen. Hinzu kamen geheimdienstliche Organisationen, die widerständige Aktivitäten initiierten oder förderten.

Der Sicherheitsapparat von SED und Sowjetischer Militäradministration in Deutschland reagierte in den ersten Jahren der SBZ/DDR überall dort, wo er Widerstand ausgemacht oder vermutet hatte, mit umfänglichen Verhaftungen, rigiden Strafen und rasch verhängten Todesurteilen. Neben der Ausschaltung von Gegnern ging es dabei vor allem auch um Abschreckung nach außen.

Das bedeutsamste Widerstandsereignis der Nachkriegszeit war der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Aus einem Streik gegen Normerhöhungen wurde binnen kurzer Zeit ein Aufruhr revolutionären Ausmaßes, der das ganze Land erfasste. Demonstranten besetzten nicht nur Parteibüros, Ämter, Rathäuser, befreiten Gefangene oder entwaffnen Volkspolizisten, sondern sie forderten auch freie Wahlen und die deutsche Wiedervereinigung. In den drei brandenburgischen Bezirken kam es zwischen dem 17. und 21. Juni 1953 in über 150 Städten und Gemeinden zu Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen. Ein Zentrum des Aufstands war Brandenburg an der Havel, wo rund 15.000 Menschen streikten oder auf die Straße gingen, darunter viele Bauarbeiter, Beschäftigte des Schlepperwerkes, des Stahlwerkes und der Thälmannwerft. Zu den landesweit bekanntesten Ereignissen gehörte der Marsch von Tausenden Arbeitern aus Hennigsdorf, Hohenschöpping/Velten, Oranienburg und anderen Orten durch die Westsektoren Berlins ins Zentrum von Ost-Berlin am 17. Juni. Sie forderten freie und geheime Wahlen und den Rücktritt der SED-Regierung. Bereits am Vortag hatte es in den dortigen Werken Belegschaftsversammlungen gegeben, auf denen die Beschäftigten zahlreiche soziale und politische Forderungen. Im Bezirk Cottbus wiederum bildeten, neben der Bezirksstadt, vor allem die ländlichen Gebiete, Dörfer und Kleinstädte die Schwerpunkte des Aufstandes im Bezirk. Viele Protestierende setzten sich hier auch für die Freilassung von inhaftierten Bauern ein. Doch wie überall wurden auch in Brandenburg die Proteste schließlich niedergeschlagen.

Zurecht wurde später erklärt, dass der Volksaufstand sowohl für die SED-Führung als auch die DDR-Bevölkerung traumatische Auswirkungen hatte. Die Führung der SED musste erkennen, dass ein Großteil der Menschen, insbesondere aus der Arbeiterschaft, ihre Herrschaft entschieden ablehnte. Zugleich machte sie die Erfahrung, dass sie zur eigenen Machtsicherung kaum in der Lage war und die revolutionäre Erhebung nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niederschlagen

konnte. Die Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht und die Ablehnung der Arbeiter-und-Bauernpartei SED durch diejenigen, die sie zu vertreten beanspruchten, brannte sich als weltöffentliche Demütigung der Parteiführung fortan in deren Gedächtnis ein. Doch auch in der ostdeutschen Bevölkerung prägten sich die Bilder der Niederschlagung des Aufstands ein, bestätigten sie doch die Gewissheit, dass die kommunistischen Regierungen Panzer und Militär gegen das eigene Volk einzusetzen gewillt waren und daher Deutschland bzw. Europa endgültig geteilt blieben. Noch einmal verstärkt wurde die Erfahrung des Scheiterns durch die Militärinterventionen 1956 in Budapest und 1968 in Prag.

Einen individuellen Ausweg bot die Flucht in den Westen. Umso schockierender erschien die Nachricht vom Mauerbau und der endgültigen Schließung des Eisernen Vorhangs. Entgegen der Annahme opponierten aber nur sehr wenige Menschen gegen die Grenzschießung, auch wenn es am 13. August 1961 und in den Tagen danach in Ost-Berlin stellenweise zu Menschenaufläufen, spontanen Unmutsäußerungen und dem Anbringen antikommunistischer Losungen an Häuserwänden kam. Aktionen wie die des später an der Grenze erschossenen Michael Gartenschläger und seiner Freunde, die Farbflaschen auf SED-Losungen warfen, waren selten. Nur wenige Intellektuelle und Künstler bezogen Position, stattdessen verließen etliche von ihnen wie der Philosoph Ernst Bloch oder der Theaterregisseur Peter Palitzsch so rasch wie möglich die DDR in Richtung Westen. An der Parteibasis der SED sorgte die Grenzschießung schon bei einzelnen Mitgliedern für Irritation und Unverständnis. Dennoch blieben Parteiaustritte und Funktionsniederlegungen die Ausnahme. Der SED-Bürgermeister aus Falkensee im damaligen Kreis Potsdam-Land weigerte sich aus Protest, erneut für den Kreistag zu kandidieren und verließ, nachdem er vor die Kreiskontrollkommission der SED vorgeladen worden war, noch im August ebenfalls die DDR.

Mit der endgültigen Abriegelung des Landes gen Westen machte sich unter den unzufriedenen Bevölkerungskreisen Resignation breit. Ein Großteil von ihnen begann, sich mit den Verhältnissen zu arrangieren. Mancher Dissident und DDR-Oppositioneller schöpfte sogar Hoffnung, dass sich das Regime liberalisieren würde, sobald die Massenflucht gestoppt sei und sich die DDR quasi „ungestört“ entwickeln könne. Doch die Vorstellung erwies sich schnell als Illusion, auch wenn sich Land und System tatsächlich ein Stück weit zu stabilisieren schienen und der Lebensstandard anstieg. Auf gewisse kulturelle Lockerungen und Freiräume folgten stets rasch kultur-

politische Interventionen. Dafür steht exemplarisch das Jahr 1965 mit dem Auftritts- und Publikationsverbot des Liedermachers Wolf Biermann und der Absetzung nahezu einer ganzen Jahresproduktion von DEFA-Filmen nach dem berüchtigten XI. Plenums des ZK der SED.

Zu einem Markstein in der Oppositionsgeschichte der DDR entwickelte sich das Jahr 1968. Hintergrund waren hoffnungsvolle Denkansätze und Reformen der neuen Parteiführung in der Tschechoslowakei, die als „Prager Frühling“ in aller Munde waren. Dass die Prager Regierung um Alexander Dubček nicht nur von offenen Debatten, sondern auch von Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit sprach, ließ viele DDR-Bewohner aufhorchen – und alarmierte die SED-Führung. Sich jetzt mit den tschechoslowakischen Kommunisten zu solidarisieren, hieß in diesem Moment, sich gegen die Reformgegner um Walter Ulbricht zu positionieren. Nicht von ungefähr löste daher die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch einmarschierte Truppen des Warschauer Pakts eine Welle oppositionellen Aufbegehrens aus. Gerade junge Leute machten sich auf, Protestslogans an Hauswände zu schreiben, Flugblätter zu verteilen, schwarze Trauerarmbinden anzulegen, Solidaritätserklärungen in der tschechoslowakischen Botschaft abzugeben oder in Versammlungen öffentlich gegen den Truppeneinmarsch aufzutreten.

Doch die Vorgänge in der CSSR waren nicht die einzigen Ereignisse, die Widerspruch auslösten. So beabsichtigte die SED mit einer „Volksabstimmung“ über eine neue sozialistische Verfassung der DDR ihre Herrschaft auszubauen und neu zu legitimieren. Dagegen wurden Wurfzettel und Flugblätter in Umlauf gebracht, die dazu aufriefen, mit „Nein“ zu stimmen. Mehr Protest entstand, als die SED die Sprengung einer Reihe von Kirchen in der DDR beschloss. In Leipzig traf es Ende Mai die dortige Paulinerkirche, die 1545 von Martin Luther als Universitätskirche geweiht worden war und nun der sozialistischen Umgestaltung des Karl-Marx-Platzes weichen sollte. In Potsdam wiederum sorgte die Zerstörung der kriegsbeschädigten Garnisonkirche für Aufsehen. Mancher bezahlte sein Protestverhalten mit einer Haftstrafe.

Die folgenden Jahre bildeten zunächst keine Phase auffälliger oppositioneller Aktivitäten. Nicht ganz zu Unrecht entstand im osteuropäischen Vergleich der Eindruck einer äußerst angepassten DDR-Bevölkerung. Dennoch gab es prominente Ausnahmen, wie die Fälle von Wolf Biermann und Robert Havemann zeigen. Der erklärtermaßen linke Liedermacher und der Chemieprofessor, der als Kommunist unter nationalsozialistischer Herrschaft in der Todeszelle saß, ließen sich von der SED-Propaganda schlecht als erbitterte Feinde der guten Idee vom Sozialismus verkaufen. Gleichwohl wurden beide mit Auftritts- und Lehrverbot belegt. 1976 fasste die SED-

Führung dann den Entschluss, Biermann anlässlich einer Konzerteinladung nach Köln in die Bundesrepublik reisen zu lassen und ihn anschließend auszubürgern. Sein letztes DDR-Konzert fand zuvor in der Nikolaikirche im brandenburgischen Prenzlau vor hunderten Zuhörern im September statt.

Was nun auf die Ausbürgerung folgte, war nicht nur eine außerordentliche Medienreaktion im Westen, sondern auch eine ungeahnte Protestwelle unter Intellektuellen, Kulturschaffenden und Sympathisanten in der DDR. Zahllose Protestbriefe und Unterschriftensammlungen erreichten die SED-Führung, sodass sich die Ausweisung zum Bumerang entwickelte. Diese zeigte sich vom Ausmaß und der Prominenz des Aufbegehrens ebenso überrascht wie die Stasi. So befanden sich gerade unter den empörten Künstlern zahlreiche Stars des DDR-Kulturbetriebs, wie die Schriftsteller Stephan Hermlin, Christa Wolf, Stefan Heym und Heiner Müller oder die Schauspieler Manfred Krug, Eva-Maria und Nina Hagen und Armin Müller-Stahl. In einer beispiellosen Pressekampagne gegen Wolf Biermann versuchte daraufhin die Staatspartei, ihre Entscheidung zu rechtfertigen. Bis 1989 legte das MfS mit Hilfe von über 400 hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern 69 Akten-Bände über den Liedermacher an. Viele namhafte Künstler und Schriftsteller wurden gemäßregelt und diszipliniert, bis schließlich eine Reihe von ihnen die DDR verließ. Weniger bekannte Engagierte gerieten ins Visier der Stasi und wurden zum Opfer von Überwachung, Behinderung und Berufsverbot.

In der DDR beflügelte die Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens durch Erich Honecker vor allem zunächst diejenigen, die unter Berufung auf die darin enthaltenen Zusicherungen forderten, das Land gen Westen verlassen zu können. Zugleich gewann der Freikauf politischer Häftlinge durch die Bundesrepublik immer mehr an Bedeutung. Die Zahl der Oppositionellen, die erst verhaftet, dann verurteilt und nach einem Teil der Haftzeit in den Westen entlassen werden, war erheblich. Ihre Verhaftung und ihr Weggang sorgten innerhalb der oppositionellen Szene für substanzielle Verluste.

Die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ sowie die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen setzten zunächst kaum Impulse für das ostdeutsche Oppositionsmilieu. Stattdessen war es im Kontext des atomaren Wettrüstens das Entstehen einer europaweiten Friedensbewegung, die in die Kirchen der DDR hineinschwappte und hier vor allem in der evangelischen Kirche einen neuen Strang oppositionellen Handelns eröffnete. Seit 1982/83 formierten

sich unabhängige Friedensgruppen, die nicht mehr nur im Verborgenen wirkten, sondern öffentlich zu Mitarbeit und Veranstaltungen einluden. Bezeichnenderweise trafen sich im März 1983 in Ost-Berlin erstmals 130 Vertreter von 37 Friedensgruppen, die zusammen das größte Netzwerk kirchlicher und außerkirchlicher Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen der DDR gründeten: „Frieden konkret“. Von der Leipziger Nikolaikirche aus verbreitete sich das Format der Friedensgebete, die sich als neue Form der Gegenöffentlichkeit zu einer Ausdrucksform gesellschaftskritischer Diskussionen entwickelten. Das Zeichen „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde zum von staatlichen Organen verfolgten Symbol der Bewegung. Hinzu kamen neu gegründete Umweltgruppen, die gegen die dramatische Verschmutzung von Böden, Luft und Wasser protestierten und dem SED-Staat die Folgen einer rücksichtslosen Industrialisierung vor Augen führten. Auch öffnete sich unter dem Stichwort „Offene Arbeit“ nun manche Kirchgemeinde unangepassten Jugendlichen, denen Alltag, Kultur und Gesellschaft zu spießig, engstirnig und langweilig waren, die sich aber der traditionellen Kirche nicht verbunden fühlten. Punks und Blueser waren hier ebenso anzutreffen wie Ausreisewillige und Homosexuelle. Die Freiräume der Kirchen wurden vor allem deshalb geschätzt, weil diese als die einzigen öffentlichen Räume galten, auf die Staat und Partei keinen direkten Zugriff hatten.

Seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre führten das fortgesetzte Wirken der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ in Polen, der Machtantritt des Reformers Michail Gorbatschow in der Sowjetunion und die ungarische Reformpolitik „von oben“ zu einem veränderten politischen Klima und einem steten Zulauf zur aktiven ostdeutschen Oppositionsbewegung. Es entstand eine technisch zwar dürftige, aber inhaltlich breite Palette unabhängiger Publikationen mit regimekritischen und nonkonformen Denkansätzen und Ausdrucksformen. Das reicht von politischen Periodika wie „grenzfall“ oder die „Umweltblätter“ bis hin zu einem quasi Verlagsprogramm, das die Macher der „radix-blätter“ um Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn entwarfen. Ende 1985 gründete sich dann mit der Initiative Frieden und Menschenrechte eine Gruppe, die sich mit einem klaren Bekenntnis als politische Opposition definierte und deshalb zugleich auch auf die schützende kirchliche Anbindung verzichtete. Bis zum Sommer 1989 zählte das MfS landesweit rund 160 größere und kleine Gruppen und Kreise, die sich regimekritisch engagierten – ihre tatsächliche Zahl dürfte aber weitaus größer gewesen sein, da nicht jeder Zusammenschluss und Gesprächskreis zentral erfasst wurde. Hochburgen des politisch-alternativen Milieus und oppositionellen Handelns waren die südlichen Bezirke der DDR bzw. die großen Universitätsstädte wie Jena, Halle, Leipzig, Dresden und Ost-Berlin.

Insbesondere in den 1980er Jahren bildete sich eine immer größer werdende alternative Jugend(sub)kultur, die sich an westlichen Vorbildern orientierte und zugleich innerlich und äußerlich vom DDR-System abwandte. Ein Teil von ihnen fand den Weg zu Veranstaltungen mit subversiven Inhalten und unangepassten, oppositionellen Kulturschaffenden. Der Staat reagierte mit Auftrittsverboten für oppositionelle oder nonkonforme Künstler, was bisweilen allerdings gegenteilige Reaktionen auslöste. Als staatliche Stellen 1987 die Auftritte des Künstlerpaars Stephan Krawczyk und Freya Klier in den Kirchgemeinden Hornow (bei Spremberg), Groß Bademeusel und Friedersdorf (bei Doberlug) zu verbieten suchten, führt dies zur politischen Mobilisierung in der Region und Gründung des Samisdat-Informationsblattes „Aufbruch“ durch den Ökumenischen Friedenskreis Forst.

Ein wichtiges Ereignis war zweifellos der von internationalen kirchlichen Friedensorganisationen organisierte, mehrwöchige Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987, der unter anderem auch durch Brandenburg führte mit Stationen in Ravensbrück, Sachsenhausen und Potsdam – und der im Zusammenhang mit dem zeitgleichen Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik nicht verboten worden war. An ihm beteiligten sich zwischenzeitlich mehrere hundert Personen aus der kirchlichen Friedensbewegung der DDR mit eigenen Transparenten, auf denen Losungen standen wie „Schwerter zu Pflugscharen“ oder „Sozialer Friedensdienst für Wehrdienstverweigerer“. Als der Zug in Oranienburg ankam, wurden 5.000 bestellte SED-Mitglieder an die Spitze des Marsches platziert, um die bisherige Präsenz der unabhängigen Gruppen zu brechen. Am folgenden Abend des 5. September versammelten sich im Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg rund 1.000 Demonstranten mit regimekritischen Transparenten, ohne dass die Sicherheitskräfte eingriffen – es war die größte legale Manifestation der DDR-Opposition seit Jahrzehnten.

Die Brandenburger Region gehörte bis zum Oktober 1989 nicht zu den Zentren der Opposition in der DDR. Die Zahl derjenigen, die sich gegen Umweltverschmutzung, Innenstadtzerfall, Versorgungsmangel und politische Repression auflehnten, war äußerst gering. Das lag unter anderem an der Drohkulisse, die von den hier stationierten mehr als 300.000 sowjetischen und ostdeutschen Soldaten und Sicherheitskräften ausging. Ebenso erschwerte der vorrangig ländlich-kleinstädtische Charakter der Bezirksterritorien organisatorisch und atmosphärisch die Bildung politisch-alternativer Kreise. Viele Unzufriedene aus der Brandenburger Provinz waren deshalb nach Ost-Berlin abgewandert, sodass die Größe der organisierten Opposition insgesamt überschaubar blieb.

Aber es gab wichtige Ausnahmen wie Brandenburg/Havel, Neuruppin, Forst oder Cottbus-Stadt, wo Zusammenschlüsse wie der Ökumenische Friedenskreis der Region Forst (Lausitz) oder die Umweltgruppe Cottbus aktiv waren. An diesen Orten gingen Polizei und Stasi immer wieder gegen „politische Untergrundtätigkeit“ vor. Auch die Bezirksstadt Potsdam gehörte dazu. Nirgendwo anders in Brandenburg lebten vor 1989 so viele Andersdenkende, Aussteiger und Oppositionelle wie hier. Deren Themen waren weit gefächert und reichten von Friedensarbeit und alternativem Antifaschismus über Menschen- und Bürgerrechte bis zu Stadtentwicklung und -ökologie. Insbesondere seit 1986/87 nahm die Gründung politisch-alternativer Gruppen zu. Sie nannten sich Friedenkreis Potsdam, ökumenischer Kreis „Arche“, AG für Umweltschutz und Stadtentwicklung ARGUS oder „Anti-Skinhead-Liga“. Hinzu kamen zahlreiche Leute aus der Jugend-Subkultur und alternativen Kunstszenen sowie aus dem eher staatsnahen Kultur- und Bildungsbereich, wie dem Hans-Otto-Theater, dem Kulturbund oder der Hochschule für Film und Fernsehen, die sich kritisch zum System stellten.

Dauerwirtschaftskrise, Reformstau und fehlende Demokratie lähmten die eingeschlossene DDR-Gesellschaft seit langem. Doch die Fälschung der Kommunalwahlergebnisse, die unkontrollierbare Flucht- und Ausreisebewegung, die Zustimmung zur Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung und das ungebrochene Weiter-so der SED-Führung brachten im Laufe des Jahres 1989 das Fass zum Überlaufen. Erste Impulse für eine tatsächlich massenhafte Protestmobilisierung gab der Verlauf der Kommunalwahlen im Mai 1989. Allein nach offiziellen Angaben stimmten bereits über 20.000 Brandenburger gegen die Einheitsliste der Nationalen Front. Doch die tatsächliche Zahl der „Nein“-Stimmen lag nach Schätzungen zwischen 60.000 bis 100.000. Diese Stimmen tauchten in den offiziellen Ergebnissen aber nicht auf, wie überall unabhängige Wahlbeobachter empört registrierten. Die von Potsdamer Gruppen zusammengetragenen Unregelmäßigkeiten wurden im Juni 1989 in der Dokumentation „Wahlfall“ der Ost-Berliner Opposition publiziert und damit DDR-weit bekannt gemacht. Mit zahlreichen Eingaben und Kirchenveranstaltungen wurde in den folgenden Wochen der Betrug angeprangert und die Legitimation der Kommunalvertretungen in Frage gestellt. Dieser Erlebnisse politisierten viele Brandenburger; ein Teil von ihnen engagierte sich von nun an offen in der Opposition.

Den Startschuss für die Brandenburger Herbstproteste gab die Informationsveranstaltung der (noch illegalen) Bürgerbewegung Neues Forum in der Potsdamer Friedrichskirche am 4. Oktober. 3.000 Mutige, und damit zehnmal mehr als die Organisatoren erwartet hatten, waren trotz Polizeipräsenz gekommen – fünf Tage, bevor mit der gewaltlosen Montagsdemonstration in

Leipzig am 9. Oktober die Friedlichkeit des weiteren Revolutionsverlaufs erkämpft wurde. Die vier Wochen zuvor in Grünheide (Kreis Fürstenwalde) gegründete Bürgerbewegung avancierte in dieser Zeit zur wichtigsten revolutionären Kraft in Brandenburg, gefolgt von der in Schwante (Kreis Oranienburg) gegründeten Sozialdemokratischen Partei. Bald gab es Basisgruppen in jedem Stadt- und Landkreis, was stets den Beginn der Erhebung vor Ort ankündigte. Topographisch bildeten die drei Bezirksstädte die ausschlaggebenden Zentren der regionalen Protestbewegung. Die dortigen Großdemonstrationen Ende Oktober / Anfang November mit jeweils 30.000 bis 40.000 Teilnehmern gerieten zu endgültigen Weckrufen für die bislang ruhigen Ecken der Bezirke. Darüber hinaus sorgten die Besetzungen der MfS-Bezirksverwaltungen durch Bürgerkomitees und die Bildung der Runden Tische der Bezirke Anfang Dezember für die strukturelle Unumkehrbarkeit der „Wende“ in den Kreisen.

Auswahl Literatur

Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1997.

Hans-Joachim Veen u.a. (Hg.), Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin / München 2000.

Hirsch, Ralf/ Lew Kopelew (Hg.): Initiative Frieden und Menschenrechte – „Grenzfall“.

Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002.

Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“. Berlin 1992.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009

Iris Bork-Goldfield, „Wir wollten was tun“ Widerstand von Jugendlichen in Werder an der Havel 1949–1953, Berlin 2015.

Jutta Braun/Peter Ulrich Weiß (Hg.), Agonie und Aufbruch. Das Ende der SED-Herrschaft und die Friedliche Revolution in Brandenburg, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 2014.

Peter Ulrich Weiß/Jutta Braun, Im Riss zweier Epochen. Potsdam in den 1980er und frühen 1990er Jahren, Berlin 2019.

Maria Nooke, Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche, Berlin 2008.

Burghard Ciesla, Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003.